

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 13.32 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dann kommen wir zur Fragestunde. Wir haben jetzt 13.32 Uhr und darf bitten Herrn Gemeinderat Kozina-Voit um die Frage an Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner.

7.1 Frage 1: Künftige Rolle der Grazer Bauernmärkte (GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtrat Hohensinner. Wir kommen jetzt wieder in die Tagespolitik und die Themen, die uns im Alltag beschäftigen. Ich habe eine Frage vorbereitet zum Thema der künftigen Rolle der Grazer Bauernmärkte. Die Bauernmärkte in Graz sind durchaus etwas Besonderes, in keiner anderen österreichischen Großstadt nämlich gibt es so ein breites Angebot an Lebensmitteln, die direkt von den Bäuerinnen und Bauern aus der Region stammen. Diese Produzent:innenmärkte ermöglichen hier nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit frischen, qualitativ hochwertigen, regionalen Lebensmitteln, sondern bieten eben auch den kleinbäuerlichen Betrieben in Graz und Umgebung eine solide Einnahmequelle. Es gibt aber trotzdem Handlungsbedarf, es gilt ja auch, dieses Modell permanent weiterzuentwickeln, es sind auch nicht alle Menschen zufrieden mit dem Angebot. Viele Bürger:innen beklagen, dass die meisten Märkte nur in der Früh und am Vormittag offen haben, nämlich genau in der Zeit, wo sie dann arbeiten müssen. Manche hätten gerne ein größeres Angebot an Biolebensmitteln, andere sagen wieder, die Preise sind eigentlich zu hoch auf den Märkten, also da ist sehr viel, was natürlich immer kritisiert wird. Spannend ist für mich der Tenor dahinter, dass eigentlich ein Anspruch immer dahinter ist sozusagen, man möchte eigentlich frische, qualitativ

hochwertige, naturverträglich produzierte Lebensmittel aus der Region zu fairen Preisen. Und ich sehe hier unsere Aufgabe als Stadtpolitik darin, das so gut wie möglich eben auch zu ermöglichen. Es braucht dafür, glaube ich, ein breites Angebot an solchen Lebensmitteln erstens, zweitens, dass dann auch räumlich und zeitlich verfügbar ist, wenn man es gerade braucht, und drittens natürlich auch für die Menschen finanziell leistbar ist. Die Grundidee der Bauernmärkte ist deswegen ja sehr gut, weil da hält man den Weg eben von den Produzent:innen zu den Konsument:innen möglichst kurz und es ist ja auch für die Bäuer:innen und Kleinbetriebe oft die einzige Möglichkeit, um wirtschaftlich zu überleben. Ich bin überzeugt davon, dass deswegen diese Bauernmärkte eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig ist aber klar, dass diese Versorgung mit frischen, hochwertigen, naturverträglich produzierten Lebensmitteln nicht alles abdecken kann, die stehen in Konkurrenz zu Supermärkten, die natürlich andere Vorteile haben aufgrund der großen Mengen. Es gibt aber inzwischen auch viele andere, zum Teil innovative Angebote wie FoodCoops, die solidarischen Landwirtschaften, es gibt z.B. das Gemüsekisterl, das man sich vor die Haustür liefern lassen kann, es gibt auch Urban Gardening, Urban Farming, bis hin zu den 24/7-Automaten, die rund um die Uhr sozusagen die Versorgung auch mit bäuerlichen Produkten ermöglichen. Dadurch entstehen natürlich neue Möglichkeiten und umso wichtiger finde ich es, sich darüber Gedanken zu machen eben, wie die zukünftige Ausrichtung der Grazer Bauernmärkte aussehen soll, um dann natürlich auch entsprechende Maßnahmen zu setzen. Daher stelle ich heute namens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für das Marktamt zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Wie sehen Sie die künftige Rolle der Grazer Bauernmärkte für die flächendeckende Versorgung der Menschen mit frischen, qualitativ hochwertigen und naturverträglich produzierten Lebensmitteln(*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Die Bauernmärkte in Graz sind etwas Besonderes: In keiner anderen österreichischen Großstadt haben die Bewohner:innen ein derart breites Angebot an Lebensmitteln, die direkt von Bäuerinnen und Bauern im Raum Graz stammen. Diese „Produzent:innen-Märkte“ ermöglichen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit frischen, regionalen Lebensmitteln, sondern bieten auch den kleinbäuerlichen Betrieben in Graz und Umgebung eine solide Einnahmequelle.

Doch nicht alle Menschen sind zufrieden mit dem Angebot. So beklagen viele Bürger:innen, dass die meisten Märkte nur in der Früh und am Vormittag geöffnet haben und sie nicht hingehen können, weil sie zu dieser Zeit arbeiten müssen. Andere sagen uns, dass ihnen das Angebot an Bio-Produkten zu gering ist. Wieder andere finden die Preise auf den Märkten zu hoch.

Der Tenor ist jedoch eindeutig: Die Menschen in Graz wollen frische, qualitativ hochwertige und naturverträglich produzierte Lebensmittel zu fairen Preisen. Unsere Aufgabe in der Stadtpolitik sehe ich darin, ihnen das so gut es geht zu ermöglichen. Dafür braucht es 1. ein breites Angebot an solchen Lebensmitteln, das 2. räumlich und zeitlich verfügbar und 3. für die Menschen auch finanziell leistbar ist.

Die Grundidee, den Weg von Produzent:innen zu Konsument:innen möglichst kurz zu halten, ist in diesem Kontext unschlagbar. Für bäuerliche Kleinbetriebe ist die Direktvermarktung auch fast die einzige Möglichkeit, um wirtschaftlich zu überleben. Daher bin ich davon überzeugt, dass Bauernmärkte auch künftig eine wichtige Rolle spielen werden.

Gleichzeitig werden sie die Versorgung mit frischen, qualitativ hochwertigen und naturverträglich produzierten Lebensmitteln aber nicht alleine abdecken können. Sie stehen in Konkurrenz zu Supermärkten, die in Hinblick auf Frische und Regionalität im Nachteil sind, aber aufgrund der großen Mengen oft deutlich günstiger anbieten können. Es gibt inzwischen aber auch viele andere, zum Teil innovative Angebote – von FoodCoops und solidarischen Landwirtschaften über das GemüseKisterl vor der Haustür

bis hin zu Urban Gardening, Urban Farming oder 24/7-Automaten mit bäuerlichen Produkten. Dadurch entstehen sowohl für Produzent:innen als auch für Konsument:innen neue Möglichkeiten.

Umso wichtiger ist es, sich über die zukünftige Ausrichtung der Bauernmärkte Gedanken zu machen – und dann auch entsprechende Maßnahmen zu setzen. Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für das Marktamt zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Wie sehen Sie die künftige Rolle der Grazer Bauernmärkte für die flächendeckende Versorgung der Menschen mit frischen, qualitativ hochwertigen und naturverträglich produzierten Lebensmitteln?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, ich freue mich über diese Frage. Unsere Bauern sind der Garant dafür, dass wir täglich nachhaltig, regional und frisch mit den besten Lebensmitteln versorgt werden. Wir haben auch uns mit den erwähnten Fragen bereits wirklich intensiv auseinandergesetzt. Zwei Felder gilt es hier zu beackern. Wir wollen dann auch Schritte setzen, aber wir brauchen auch die finanzielle Unterstützung seitens der Stadtregierung. Punkt eins, wie es nachhaltig gelingen kann, die regionalen Bauern zu stärken und zu erhalten. Wie müssen gerade die kleinen regionalen Produzentinnen und Produzenten dabei unterstützen, ihre Ware direkt zum Endkunden zu bringen, da können wir die Märkte nutzen, aber es braucht auch Innovationen wie die Genossenschaft BVN, Bäuerliches Versorgungsnetzwerk, welche die Gastronomie mit regionalen Lebensmitteln versorgt, es gibt da einen Stützpunkt, und mit Elektrofahrzeugen wird hier geliefert. Wesentlich wäre, dass beim Neubau der Küche Graz mit dem BVN ein sogenanntes FoodHub geschaffen wird, wovon sowohl

die Konsumenten als auch die klein strukturierten Landwirte durch die Abnahme von Bürokratie und Logistik sehr profitieren können. Einen entsprechenden Termin mit unserer Frau Bürgermeisterin und unserer Vizebürgermeisterin hat es vor einigen Monaten gegeben, also Netzwerk und der Politik, seither hat es aber keinen weiteren Kontakt gegeben. Ich hoffe, dass es da bald ein Übereinkommen gibt. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre eine Lebensmittelsouveränitätsstrategie, die können wir allerdings nicht alleine als Stadt Graz machen, da brauchen wir das Land Steiermark und auch die Landwirtschaftswirtschaftskammer dafür, da gibt es auch die Gespräche bereits. Zweiter großer Punkt, wie wir die Märkte in Graz noch attraktiver und zukunftsfitter gestalten können: Da müssen wir einerseits die Infrastruktur auf Vordermann bringen, das sind fixfertige Projekte, auch bereits in der Koalitionsregierung vorgestellt worden, ich sage nur Hofbauerplatz, Hasnerplatz und Andritz, aber da braucht es auch die finanziellen Mittel dafür. Wir wollen die Märkte digitalisieren, einerseits was die Werbung betrifft, Social Media, aber auch was die Onlinebestellung anbelangt. Die Zeiten, die du angesprochen hast, ja, da gibt es eben Wünsche seitens der Bevölkerung. Ich möchte nur auch in die Waagschale legen, wir haben Produzent:innenmärkte, das heißt, die Produzenten brauchen auch Zeit zum Produzieren. Wir haben sehr viele Märkte, die am Vormittag offen haben, wir haben Märkte am Nachmittag; dort, wo es möglich ist, versuchen wir, die Zeiten auch auszudehnen, aber bitte keine falschen Erwartungshaltungen hier wecken. Wir müssen auch schauen, was die Bäuerinnen und Bauern zu leisten in der Lage sind. Eine weitere Idee, die hast du schon angesprochen, ist der Automatenverkauf, 24 Stunden sieben Tage in der Woche. Wir haben 25 % der Produzenten als Biobäuerinnen und -bauern ausgewiesen, es gibt hier einen eigenen Biobauernmarkt und zwar bei der Herz-Jesu-Kirche. Der wurde 2012 von meinem Vorgänger Teddy Eiselsberg eingeführt, wird wirklich extrem gut angenommen, erfreut sich großer Beliebtheit. In der nächsten Woche treffe ich auch die neu gewählten Marktsprecher und -sprecherinnen, da bin ich gespannt, welche Ideen seitens der Marktsprecher kommen, die sind ja ständig vor Ort. Das sind natürlich nicht nur Ideen, sondern auch Probleme, die hier geschildert werden, ich habe das auch im letzten Jahr gemacht, und da versuchen wir auch, auf

diese Anliegen einzugehen. Und was den Preis anbelangt, die Landwirte schauen natürlich, dass der Preis möglichst unten gehalten wird, aber sie sind natürlich auch von der Teuerung betroffen, also sie können sich auch nur nach der Decke strecken, die werden maximal die Teuerung weitergeben, aber nicht mehr, das ist auch ganz klar (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Danke für die Antworten. Also es zeigt, glaube ich, sehr schön, wie komplex das ganze Thema ist und wie viele Puzzlesteine da sozusagen auch drinnen sind. Ich finde es eigentlich sehr spannend, sich hier wirklich auch weiter Gedanken zu machen. Ich wollte jetzt nur noch zusätzlich fragen, wie ist denn das konkret, was man sich jetzt erwarten kann als Marktbesucher, als Marktbesucherin, was man im nächsten Jahr schon sehen wird (*Appl.*)?

StR **Hohensinner**:

Ich habe versucht, auf jeden Fall einmal auch die Digitalisierung voranzutreiben. Ich hoffe, aber ich bin eben auch angewiesen auf die Koalitionsregierung, dass wir den Hofbauerplatz in die Gänge bringen, gerade dort ist diese Freilufthalle am Ende der Lebensspanne angekommen. Wir schauen auch immer mit der Bau- und Anlagenbehörde, ob da Gefahr in Verzug ist, bis jetzt hält diese Dachkonstruktion, aber dieses Projekt müssen wir wirklich für ganz Graz, aber vor allem für die Eggenbergerinnen und Eggenberger, angehen. Und ich hoffe vor allem auch auf deine Unterstützung, wo du auch, glaube ich, Einfluss hast, das ist ja nicht nur ein Projekt von mir, sondern auch ein Projekt von unserer Vizebürgermeisterin. Wir haben dieses Projekt schon besprochen, also das wäre eine tolle Umsetzung. Natürlich, das Budget ist in einer schwierigen Situation, aber wir können jetzt nicht mehr länger warten, bis Gefahr in Verzug ist, also das gehört für die Qualität angegangen, aber auch, was die Baukonstruktion in Eggenberg anbelangt.

**7.2 Frage 2: Pumptrack Mariatrost
(GR Lenartitsch, SPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Damen und Herren, als Zuseherin oder Zuseher, liebe Gemeinderätinnen, lieber Stadtsenat, lieber Herr Stadtrat Kurt Hohensinner. Es geht um das Thema Pumptrack in Mariatrost, das ist dieser wunderbare oder nicht wunderbare, wie man halt sieht, Parcours, den man mit einem Fahrrad befahren kann. Er ist nach wie vor so quasi ein bisschen ein Brennpunkt in Mariatrost, einige der Anrainer fühlen sich dadurch schon ein bisschen belästigt aufgrund des Lärms, aber auch aus diesem Grund, weil derzeit eine behelfsmäßige Rampe dort so quasi aufgebaut wurde. Die ist vermutlich ein bisschen lauter als die anderen, sage ich jetzt einmal, vor allem weil sie nicht gerade aus Erde besteht, sondern über eine betonierte oder asphaltierte Fläche. Aber es geht auch in diesem Gebiet so quasi um das Wasser, das eventuell aus den Hügeln der anliegenden Wälder so quasi herauskommen könnte. Und dieser Bereich ist eigentlich vorgesehen gewesen, dass irgendwie dieses Hangwasser so quasi über den Hang abrinnen kann bzw. auch versickern kann. Da ist auch etwas passiert, keine Frage, aber jetzt stellt sich auch die Frage, wenn so quasi auf diesen 2.000 m² Grund ungefähr 1.300 m² so quasi noch zusätzlich versiegelt werden sollen, ob dann die Hangwässer auch dementsprechend umgeleitet oder abgeleitet werden können bzw. hat sich hier im April eine wasserbaurechtliche Vorprüfung gegeben, die das auch noch sehr kritisch sieht, dass eigentlich das noch nicht alles gegessen ist, dass man das dort machen kann, zumindest ist das so, dass diese Bau- und Anlagenbehörde da so vorgeht. Jetzt ist das eine natürlich das Bauen und das andere ist das Benutzen. Auf der einen Seite sagt man, die Lärmemissionen sollten vielleicht ein bisschen geringer gehalten werden, das ist Zukunftsmusik, und soll natürlich auch sein, aber auch die Anrainer haben so quasi ein bisschen ein Anrecht, dort ein bisschen entspannt, vielleicht genauer am Wochenende oder so, auch ihre Freizeit zu genießen. Und wenn man auf der einen Seite sagt, wenn man mit weicheren Reifen die Emissionen so quasi ein bisschen unten halten kann, wird auf der anderen Seite von der

DSG-Sportgemeinschaft beworben, dass man es natürlich auch, vor allem den jetzigen, mit allen Fahrzeugen benutzen kann. Und da geht es eher dann um Scooter, die härtere Reifen haben, da wird es dann schon einmal lauter und die Kleschen schon etwas mehr. Jetzt hat der Gemeinderat im April 2021 so quasi dieses Projekt beschlossen, jetzt haben wir November 2022 und wir haben noch einen Behelfsparcours, der, das kann man auch sehen, wie man will, blöderweise vielleicht auf den angrenzenden Fußballplatz hingestellt worden ist, sodass man dort jetzt auf der Wiese im Moment nicht kicken kann, weil einfach die Baufläche natürlich freibleiben sollte. Im März 2022 hat der Horst Alic auch so quasi in der Ausgestaltung die Anfrage gestellt, und wie gesagt, jetzt sind wir im November, und daher ergeht meine

Frage

an dich, wie eben die aktuelle Lage für die Umsetzung der Pumptrack-Anlage in Mariatrost derzeit aussieht (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich die

Frage:

Wie ist die aktuelle Lage für die Umsetzung der Pumptrack-Anlage in Mariatrost?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, danke für die Frage. Ich bin mir allerdings nicht ganz sicher, ob ich der richtige Adressat bin. Wenn es nach mir persönlich, und als Sportstadtrat, ginge, hätten wir diesen Pumptrack bereits diesen Frühling umgesetzt.

Aufgrund von Anrainereinwendungen, die du angesprochen hast, liegt dieses Projekt derzeit in der Bau- und Anlagenbehörde, ist dort anhängig und braucht dort eine intensive Bearbeitung. Kurz gesagt, der eigentliche Adressat wäre dein Koalitionsstadtrat Manfred Eber, der ist dafür politisch zuständig. Aber ich möchte schon sagen, ich bin ein Stück weit verwundert, dass die Frage mit scheinbar kritischem Hintergrund von Seiten der SPÖ kommt, von jener Partei, die noch vor nicht allzu langer Zeit sich für Trendsportarten, für die Jugendkultur eingesetzt hat, ich sage nur Stichwort Skaten. Warum bin ich verwundert? Bei einer Infoveranstaltung vor rund drei Wochen im Bezirk sind die Wogen hochgegangen. Der Thomas Rajakovics war, glaube ich, auch dabei, wie viele andere auch, 20 Kinder sind dort eingetreten für ihren Pumptrack, haben gelobt, dass dieser temporäre Pumptrack irrsinnig viel Spaß macht und gut ankommt und haben eben gesagt, sie können es gar nicht mehr erwarten, dass der eigentliche Pumptrack umgesetzt wird. Auf der anderen Seite haben wir einen ehemaligen SPÖ-Gemeinderatskandidaten erlebt, der dieses Projekt mit allen juristischen Mitteln bekämpft, immer frei nach dem Florianiprinzip, überall, aber bitte nicht vor meiner Wohnung. Aber ja, es ist nun die Behörde am Zug; soweit ich informiert bin, hat die Bauwerberin alle Unterlagen eingebracht und zusammengefasst, ich bin wirklich in Erwartungshaltung. Sollte grünes Licht kommen, werde ich wirklich alles daransetzen, mit dem Sportamt gemeinsam eine schnelle Umsetzung sicherzustellen, sollte es nicht aufgrund der örtlichen Auslegung möglich sein, werden wir einen anderen Standort suchen. Eine persönliche Anmerkung sei mir gestattet: Ich habe kein Verständnis dafür, dass man versucht, den Sport und die so notwendigen Bewegungsräume, überhaupt nach dieser ganz langen Covid-Pandemie, rechtlich mit allen möglichen Winkelzügen zu bekämpfen. Und ich habe wirklich, und das sage ich mit Nachdruck, überhaupt kein Verständnis, wenn sich politische Parteien hier instrumentalisieren lassen (*Appl.*).

Die derzeitige Koalition ist angetreten, zusätzliche Frei- und Bewegungsräume zu schaffen, bremst sie aber letztlich aus. Dieses Beispiel haben wir jetzt nicht nur beim Pumptrack, sondern auch kürzlich erfahren im Bezirk Jakomini, wo wir auch ganz notwendig Freiflächen brauchen. Da geht es um einen Basketballplatz, wo das Bauamt

auf einer für Sport gewidmeten Fläche erst ein Lärmgutachten und darauf folgend eine Lärmschutzwand vorschreibt. Ich möchte noch einmal zusammenfassen, ich habe selbst zwei kleine Kinder, ich bin wirklich bemüht als Jugendstadtrat, als Familienstadtrat, dass wir den Kinder- und Jugendschwerpunkt jetzt ausrollen in den verbleibenden vier Jahren, aber das sage ich in aller Deutlichkeit, wir müssen den Kindern, den Jugendlichen den notwendigen Freiraum bereitstellen (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Danke für die Beantwortung. Vielleicht mag es meiner kurzen politischen Laufbahn geschuldet sein, dass ich mich noch nicht so gut auskenne, aber dennoch denke ich, sollte man gerade auch hier im Gemeinderat keine Denkverbote irgendwie auferlegen und sagen, ok, in einer Partei, jetzt geht es in die Richtung, und jetzt plötzlich macht es einmal einen Schwenker. Jeder ist bitte auch für sich selbst verantwortlich, und wenn es mir wichtig ist, dann trage ich das sehr wohl vor. Wenn es nicht in dein Ressort fällt, vielleicht als Sportstadtrat schon, aber halt nicht als Zuständiger für die Bau- und Anlagenbehörde, geht es mir halt auch darum, dass halt du dich hier mit diesen Projekten so quasi auch, ich will nicht sagen, vermarktest, aber ablichten lässt, dass das alles funktioniert, und nicht so quasi jetzt dann der zuständige Stadtrat Eber, in Form der Bau- und Anlagenbehörde, dass das alles vielleicht durchgeht oder nicht durchgeht. Das eine ist mir noch kurz gestattet, auch mir ist es sehr, sehr wichtig, dass Kinder in ihrer Freizeit viel rausgehen können, aber dennoch ist es für mich auch etwas, wenn ich dort einen Fußballplatz habe, man hat es ja dann probiert und sich das angeschaut, ob dieser künstliche oder dieser andere Pumptrack so quasi auch gut geht, und geht auch gut, keine Frage, man brauch ja nur hinausfahren, vor allem am Wochenende sind die ganzen Familien draußen, die das nutzen, aber dennoch ist es halt auch eine Lärmgeschichte, wo man sagt, man hat eben auch ein bisschen eine Verantwortung den Anrainern gegenüber. Meine Zusatzfrage richtet sich dahingehend, sind, wie eben der Horst Alic das schon im März angefragt hat, so quasi die Anrainer miteingebunden? Aber ich glaube, das hast du auch schon damit beantwortet, indem

du sagst, es gibt massive Einwände der Anrainer und somit werden sie gehört und ich nehme an, es wird doch zu einem guten Ende kommen. Dankeschön (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Also das war keine Frage, aber ich kann vielleicht nur noch berichten, es war eine großartige Infoveranstaltung, weil dort 20 Kinder, ein ehemaliger Kinderbürgermeister und weitere Kinder, aufgestanden sind und die haben quasi Partei ergriffen, dass ihnen das nicht egal ist, ob der Pumptrack jetzt kommt oder nicht, die haben gekämpft für ihren Pumptrack. Und Ihr ehemaliger Kollege, der einmal für die SPÖ für den Gemeinderat kandidiert hat, der hat das auch dann akzeptiert, weil die Kinder haben großartige Argumente dort vorgetragen. Und ja, ich höre mir alle Seiten an und ich verstehe auch Anrainer, wenn sie sagen, sie möchten besser informiert werden. Das werden wir auch machen, wir werden sie auch weiterhin am Laufenden halten, aber ich bin überzeugt, wenn wir diesen Pumptrack jetzt hoffentlich bald zur Umsetzung bringen, und der wird leiser sein als der bisherige, der jetzt temporär aufgestellt wurde, dann werden auch diese Kritiker hoffentlich dann auch mit ihren Enkelkindern dort vor Ort sein und sich freuen, dass sich die Kinder und Jugendlichen bewegen können. Also ich werde schauen, dass ich auf die Kritiker zugehe, aber im Großen und Ganzen brauchen wir in Graz diese Sporteinrichtung, und ich hoffe, dass wir zu einem guten Ende kommen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.53 Uhr).

**7.3 Frage 3: Frist für nicht dringliche Anträge im Gemeinderat
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeister. Ich darf eingangs kurz an unser Anliegen erinnern, das wir in den letzten Sitzungen schon gefasst haben, dass wir die Fragestunde mit den Fragen und auch den Antworten ein bisschen komprimieren, weil sonst erleben wir heute die Frage 6, 7 und 8 nicht mehr, und ich finde, das ist sehr, sehr schade, weil auch viele andere Kollegen gute Fragen für heute vorbereitet haben. Ich möchte ganz kurz auf mein Thema eingehen, das ich in der Fragestunde behandelt haben möchte, es geht um die Frist für nicht dringliche Anträge im Gemeinderat, aber auch auf Bezirksratsebene. Ganzjährig leisten alle Fraktionen im Gemeinderat, das ist unbestritten, eine gute Arbeit und bringen Anträge ein. Wir im Gemeinderat sind ja gesegnet, wir haben ja sowohl durch die Fragestunde als auch die dringlichen Anträge als Möglichkeit, hier Themen, die mit einem gewissen Druck versehen sind, gleich zu behandeln oder zumindest pro Monat einmal zu behandeln. Jetzt ist es aber so, dass es im Gemeinderat aber auch sehr, sehr viele Anträge und sehr, sehr viele Anfragen an die Bürgermeisterin gibt, und eben auf Bezirksratsebene sowieso sehr, sehr viele Anträge gibt, die hier über Monate hinweg nicht beantwortet werden. Deswegen ist es uns ein Anliegen, Sie, Frau Bürgermeisterin, zu fragen, welche Möglichkeiten oder was sehen Sie, was werden Sie in Zukunft dafür unternehmen, damit diese Anliegen, die nicht dringlich sind, trotzdem einer raschen Beantwortung zugeführt werden? Weil es geht bei diesen Anliegen ja doch um Dinge, die jetzt nicht nach fünf, sechs oder sieben Monaten beantwortet werdet sollten, sondern doch in einem absehbaren Zeitraum einer Beantwortung zugeführt werden sollten. Deswegen meine

Frage

an Sie:

Was werden Sie dafür tun, um in Zukunft eine raschere Beantwortung von nicht dringlichen Gemeinde- und Bezirksratsanträgen sicherzustellen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, sowie die Bezirksfunktionäre in den Bezirksräten leisten ganzjährig sehr gute Arbeit. Es wird versucht die Anliegen der Bürger in Initiativen zu gießen und dementsprechend zur Erledigung zu bringen.

Teils handelt es sich um umfassende Themen, teils um vermeintlich einfache Herausforderungen. In Summe kann man aber davon ausgehen, dass ein Antrag (ohne Dringlichkeit) meist auch fachlich seine Berechtigung hat.

Die Bürger erwarten sich von jedem Mandatar eine gewisse Arbeitsleistung für die Stadt und deren Bevölkerung. Daher ist es naheliegend, dass Anliegen in Form von eingebrachten Initiativen auch zeitnah behandelt und beantwortet werden.

Es gibt jedoch weder im Gemeinderat noch im Bezirksrat eine Pflicht zur Beantwortung von Anträgen. Somit ist es unmöglich, den Bürgern eine Rückmeldung innerhalb eines planbaren Zeitraums zu geben und weitere konstruktive Schritte zu planen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Was werden Sie dafür tun, um in Zukunft eine raschere Beantwortung von nicht dringlichen Gemeinde- und Bezirksratsanträgen sicherzustellen?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrter Herr Klubobmann Pascuttini. Zunächst möchte ich ein paar Fakten nennen, die in dem Zusammenhang mit den Initiativen aus dem Gemeinderat und natürlich auch aus dem Bezirksräten nicht unwichtig sind zu wissen. In der laufenden Gemeinderatsperiode wurden bis jetzt von den 17 Bezirksräten 313 Initiativen an die Organe der Stadt Graz eingebracht, also 313 alleine aus den Bezirksräten. Von den Gemeinderatsmitgliedern wurden 247 Initiativen eingebracht, dazu zählen, wie wir alle wissen, Fragestunde, Anfragen, Anträge und dringliche Anträge. In Summe sind das also 660 in einem knappen Jahr, dabei umfassen viele der Eingaben bis 10 Punkte und sind teilweise von bis zu vier Dienststellen in der Stadt Graz zu beantworten. Von diesen 660 Initiativen wurden bereits 231 beantwortet und ca. weitere 100 sind noch innerhalb der Beantwortungsfrist. Oft sind, wie gesagt, bis zu vier Dienststellen mit einem Anliegen beschäftigt, manche werden gleichzeitig über den Gemeinderat und den Bezirksrat auch vorgebracht, mehr als die Hälfte von den Bezirksräten, fast drei Viertel von den Anträgen und Anfragen betreffen das Straßenamt, das kann ich selbst auch bestätigen aus meinen fünf Jahren, die Abteilung für Grünraum und Gewässer und die Abteilung für Verkehrsplanung sowie die Holding Graz. Bis der Bezirksrat oder das Gemeinderatsmitglied eine Antwort erhält, sind inklusive Schriftleitung, Kanzlei, Sachbearbeiter:in, Abteilungsleitung, Stadtsenatsmitglied, Amt der Bürgermeisterin usw., also mindestens zehn Stellen damit befasst. Die Schriftleitung urgiert überfällige Antworten auf Gemeinderatsinitiativen ab der dritten auf die Einbringung folgenden Gemeinderatssitzung monatlich. Die Servicestellen urgieren überfällige Antworten auf Bezirksratsbeschlüsse bereits nach vier und nach acht Wochen, jeweils nach Rücksprache mit der oder dem Bezirksvorsteher oder Bezirksvorsteherin. Die hauptsächlich befassten Dienststellen können aber diese Anzahl von Initiativen aber mit dem vorhandenen Personal nicht mehr bewältigen, das ist im Übrigen auch nichts Neues. Die Beschäftigung von zusätzlichem Personal, um schneller antworten zu können, ist aber, wie wir auch alle wissen, nicht realistisch. Das Setzen von kürzeren Bearbeitungsfristen in den Geschäftsordnungen wird das erläuterte

Überlastungsproblem aber auch nicht lösen. Aus meiner Sicht kann die Lösung nur darin liegen, die Anzahl der Initiativen zu reduzieren.

Und zwar in Beantwortung Ihrer Frage möchte ich als Denkanstoß vor allem mitgeben oder mit zu überlegen geben, bei jedem Anliegen genau nachzudenken, ob beispielsweise das Mittel des Antrages der effizienteste Weg ist. Vieles ließe sich schneller mit einem Anruf in der zuständigen Abteilung lösen oder durch ein Gespräch mit den zuständigen Stellen, oder auch dem Stadtrat und den politischen Büros, oder aber auch schlichtweg nur über die App „Schau auf Graz“, weil viele dieser Anträge betreffen genau Fragen, die darin begründet liegen. Im Übrigen sage ich das nicht nur hier, das sagen wir auch in unseren eigenen Gruppierungen, unseren eigenen Bezirksräten und auch unseren eigenen Mandatar:innen ständig. Die von Ihnen ins Feld geführte Arbeitsleistung, die sich die Bevölkerung zu Recht von Mandatar:innen erwarten darf, wie Sie es formulieren, bemisst sich schließlich nicht in der Zahl der Anträge, die im Gemeinderat oder im Bezirksrat eingebracht werden, sondern meiner Meinung nach in der Bereitschaft, für die Anliegen der Bevölkerung ein offenes Ohr zu haben und dazu beizutragen, auch Lösungen für sie zu finden (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Danke, Frau Bürgermeisterin, das war jetzt eine sehr ausführliche Antwort, vor allem der erste Teil war sehr informativ. Waren es 313 Initiativen auf Bezirksratsebene und 247 Initiativen auf Gemeinderatsebene, oder nicht? Weil sonst, glaube ich, hatten Sie einen Zahlensturz. Das wären nämlich 560.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Beides, also in Summe sind es 660 Initiativen, die alleine schon heuer eingebracht wurden.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: Ok, dann habe ich mich hier verschrieben.*

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: War das die Zusatzfrage?*

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: Nein, zur Richtigstellung, das wollte ich nur wissen.*

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: Also eine Ergänzungsfrage.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Genau, eine Ergänzungsfrage. Ich würde jetzt aber trotzdem noch einmal zu meiner Frage kommen, weil das ist ja nicht beantwortet worden. Also was werden Sie dafür tun, um in Zukunft eine raschere Beantwortung von nicht dringlichen Gemeinde- und Bezirksratsanträgen sicherzustellen? Weil ich denke, den Mandataren zu sagen, weniger Initiativen einzubringen, ist sicherlich der falsche Weg und man könnte ja doch gerade in diesen Bereichen, wo es notwendig ist, mehr Personal einstellen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Jetzt bin ich lange genug hier, ich sage das oft bei Beantwortungen, aber das hat natürlich den Vorteil, das auch zu wissen, dass diese Frage, die Sie heute hier richten, auch immer meinen Vorgängern gestellt worden ist. Und noch einmal, ich weiß es aus eigener Erfahrung, alleine im Straßenamt, da kommen wirklich sehr, sehr viele Anfragen und Anträge, die wirklich mit einem Anruf in der Behörde zu erledigen wären und, im Gegenteil, oft schneller gelöst werden könnten, wenn man für die Bürger handeln will, als einen Antrag zu stellen. Das ist ja nicht wie eine Instagramnachricht oder so eine schnelle Ansage, sondern diese Anfragen und Anträge, die hier auch

manchmal kommen, die müssen ja über mehrere Stellen oft laufen, nicht nur über ein Amt. Und vor allem, die gehören sorgfältig beantwortet, weil das ist ja die Verpflichtung von unseren Kollegen, Ihnen als Gemeinderäte und als Bezirksmandatäre auch eine ordentliche Antwort zu geben und nicht irgendwie eine schnell dahingesagt, weil dann wären wir schnell fertig. Das gehört immer ordentlich recherchiert. Und da sind oft auch Antworten, die erwartet werden, die nicht einmal in die kommunale Kompetenz fallen, das weiß ich aus Erfahrung. Und es ist eigentlich bewundernswert, und ich möchte an der Stelle eigentlich überhaupt noch einmal danken, dass das in der Geschwindigkeit neben der laufenden Arbeit von den Kolleginnen und Kollegen auch bewältigt wird, die Kollegen in der Schriftleitung und der Präsidiale erfüllen ihre Arbeit, und auch in den Servicestellen, völlig korrekt und fristgerecht, aber dass manche mit der Beantwortung nicht so schnell nachkommen, ist dem geschuldet, was ich vorher schon einleitend gesagt habe (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.01 Uhr).

7.4 Frage 4: Solidarbeitrag von Grazer Luxuspensionist:innen (GR Mag. Pointner, Neos an StR Eber, KPÖ)

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, verehrte Kolleg:innen, wertees Publikum live und im Livestream. Ich darf einleiten vielleicht mit einem Bild, das ist ein Schwimmer, der einen Stein um den Hals hat und der ums Überleben paddelt, und unten ist der Haifisch, der andeutet, dass man es sich nicht mehr leisten kann.

Vielleicht ein Bild, welches zurzeit ganz gut passt, ich ziele ab auf Luxuspensionen und auf Generationengerechtigkeit. Was können wir uns noch leisten? Wir haben den Anspruch der älteren Generation auf faire Pensionen, aber auch der jüngeren Generation, dass die das in Zukunft auch noch in Anspruch nehmen können. Ein paar

Zahlen habe ich zusammengeschrieben und darf sie kurz präsentieren: 2021 hat die Stadt bereits über 113 Mio. Euro für die Pensionen der ungefähr 3.000 Anspruchsberechtigten ausgegeben und alleine 14 Luxuspensionist:innen, wenn ich das so sagen darf, haben zusammengerechnet alleine über 1,4 Mio. Euro bekommen. Und das wird, da wir ja eine Pensionierungswelle vor uns haben, immer mehr werden in den nächsten Jahren. Eine normale Maximum-ASVG-Pension ist rund 3.600 Euro, und das im Zusammenhang mit diesen Privilegien, das ist ein Ungleichgewicht und in die Richtung geht auch meine

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber,
werden Sie sich angesichts der prekären budgetären Lage der Stadt Graz dafür einsetzen, einen zusätzlichen Solidarbeitrag von jenen Pensionist:innen einzubehalten, deren monatliche Pension über das ASVG-Höchstpensionsmaß hinaus geht?

Originaltext der Frage:

Ältere Menschen wünschen sich zu Recht einen finanziell abgesicherten Lebensabend. Gleichzeitig ist vielen von ihnen wichtig, dass auch ihren Kindern und Enkelkindern noch eine Pension bleibt. Von Generationengerechtigkeit ist unser Pensionssystem aber meilenweit entfernt. Denn künftig müssen immer weniger Beitragszahler immer mehr und immer höhere Pensionen finanzieren.

Auch in Graz sind die Pensionszahlungen in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. 2021 gab die Stadt bereits über 113 Mio. Euro für die Pensionen der 2.288 Beamt:innen im Ruhestand und ihren 718 Angehörigen und Hinterbliebenen aus. Alleine 14 Luxuspensionist:innen bekamen zusammengerechnet über 1,4 Mio. Euro ausbezahlt. Und angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle werden diese Zahlungen künftig noch mehr werden.

Leider gehören Luxuspensionen von ehemaligen Politiker:innen und Beamt:innen im österreichischen Pensionssystem noch immer zur Realität. Während "normal" versicherte ASVG-Pensionist:innen eine maximale Pension von rund 3.650 Euro erhalten können, ermöglichen fette Pensionsprivilegien für Politiker:innen und Beamt:innen auch in der Stadt Graz einen luxuriösen Lebensabend. Geht das so weiter, fallen unseren Kindern die Pensionen früher oder später auf den Kopf.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat die

Frage:

*Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber,
werden Sie sich angesichts der budgetären Notlage der Stadt Graz dafür einsetzen, einen zusätzlichen Solidarbeitrag von jenen Pensionist:innen einzubehalten, deren monatliche Pension über die ASVG-Höchstpension hinaus geht?*

StR Eber:

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. Ich darf eingangs darauf hinweisen, dass natürlich Beamtinnen und Beamte, deren Ruhegenuss die ASVG-Höchstpension übersteigt, dafür selbstverständlich auch Pensionsbeiträge geleistet haben. Die Höchstbeitragsgrundlage gilt eben nur ASVG-Versicherte, daher ist es natürlich umgekehrt schlüssig, dass Einkünfte, die über dieser Grenze liegen, nicht in ASVG-Pensionen einfließen. Beamte hingegen und Beamtinnen haben während ihres aktiven Dienstverhältnisses Pensionsbeiträge in unbegrenzter Höhe, also auch über der Höchstbeitragsgrundlage, zu leisten. Daher müssen diese auch bei der Pensionsbemessung berücksichtigt werden. Zusätzlich zu den Pensionsbeiträgen zahlen städtische Beamtinnen und Beamte im aktiven Dienstverhältnis seit 1. Jänner 2003 Solidarbeiträge für jene Bezugsteile, die über der Höchstbeitragsgrundlage liegen. Auch von den Beamtinnen und Beamten im Ruhestand sind Solidarbeiträge von

jenen Pensionsteilen zu entrichten, die eben die Höchstbeitragsgrundlage übersteigen, und das ist in einem Ausmaß von immerhin bis zu 22,5 %. Es hat dann eine Pensionsreform 2002 und 2011 gegeben, wo man das Pensionsrecht auch harmonisiert hat. Sämtliche städtische Reformmaßnahmen wurden im Sinne des sogenannten Homogenitätsgebots den Pensionsregelungen des Landes Steiermark bzw. des Bundes nachgebildet und beschlossen vom Steiermärkischen Landtag, der als Gesetzgeber hier fungiert. Eine Anhebung der Solidarbeiträge nur für die städtischen Beamtinnen und Beamten im Ruhestand würde zu einer Schlechterstellung im Vergleich zu den Beamten und Beamtinnen des Landes Steiermark führen und würde damit dem Homogenitätsgebot widersprechen. Alle bisherigen Pensionsreformen waren natürlich vom Ziel der langfristigen Finanzierbarkeit der öffentlichen Pensionsvorsorge und vor allem auch der Harmonisierung der Pensionssysteme getragen, auch wenn man hier natürlich die eine oder andere Maßnahme durchaus auch kritisch sehen könnte, wie ich das durchaus auch mache. Pensionen von Politikern und Politikerinnen sind nach dem Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre bundesweit einheitlich begrenzt, vom Steiermärkischen Landesgesetzgeber wurden im § 39d Abs. 9 und 10 des Statuts der Landeshauptstadt Graz über dieses Gesetz hinausgehende Höchstsätze für Pensionssicherungsbeiträge verankert. Aus diesen Gründen besteht hier kein Erfordernis, zusätzliche Solidarbeiträge einzuheben, und ich möchte auch am Schluss dann noch eine Zahl nennen von Luxuspensionen im Bereich der Stadt Graz, da reden wir von insgesamt 121 Personen, die diese derartigen Pensionen beziehen. Wir haben derzeit im Übrigen rund 2.300 Beamte und Beamtinnen im Ruhestand, dazu kommen noch Angehörige, 693 Witwen/Witwer und 25 Waisen. Ich bin schon über der Zeit. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Vielen Dank. Wenn ich das jetzt richtig zusammenfasse, ist da sehr wichtig zu beachten das Homogenitätsgebot, aber es gibt auf der anderen Seite auch der

Bundesgesetzgeber hier einen Rahmen, den man ausschöpfen kann, des Pensionssicherungsbeitrags. Sollte dieser Rahmen nicht voll ausgeschöpft werden?

StR Eber:

Inwieweit dieser Rahmen jetzt schon ausgeschöpft ist, bis zu welchem Rahmen, in welchem Prozentbereich wir hier liegen, kann ich jetzt ad hoc nicht beantworten, werde ich aber selbstverständlich sehr gerne nachliefern (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

**7.5 Frage 5: Maßnahmen, um massive Ausschreitungen von Migrantengruppen zu verhindern
(GR Günter Wagner, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Günter **Wagner:**

Werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der Nacht vom 31. Oktober auf 1. November haben in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz massive Krawalle stattgefunden. Und wie man dort hört, formieren sich diese Gruppen auch bereits wieder für Silvester. Hauptverantwortlich sind nach Medienberichten überwiegend junge Männer aus Tschetschenien, Syrien und Afghanistan. In einer der größten österreichischen Tageszeitungen wird sogar von Szenen wie in einem Kriegsgebiet berichtet, rund 200 Jugendliche sollen hier Chaos und Zerstörung angerichtet haben. Aus freiheitlicher Sicht ist dies ebenso ein lautes Alarmsignal für die Stadt Graz. Auch in Graz führen Zwischenfälle mit Migrantengruppen bekanntlich regelmäßig zu Polizeieinsätzen, und angesichts der völlig verfehlten Zuwanderungspolitik der schwarz-grünen Bundesregierung sowie der Willkommenspolitik der dunkelrot-grün-roten Stadtregierung der Stadt Graz sind wir vor solchen Ausschreitungen natürlich nicht

gefeit. Vielmehr ist es vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis auch uns solche Szenen unter Umständen widerfahren. Vor diesem Hintergrund, ist auch klar, darf kein einziges Asylquartier in Graz errichtet werden. Wir sind durch Bundes- und Landesunterkünfte ohnehin massiv betroffen. Es braucht weitere sicherheitspolitische Maßnahmen im Wirkungsbereich der Stadt Graz, um derartige Ausschreitungen zu verhindern. Neben den notwendigen Schritten im Asylbereich auf Bundesebene muss eine restriktive Zuwanderungspolitik im Wirkungsbereich der Stadt Graz gelebt werden, beispielsweise in der Wohnungsvergabe oder auch bei den Auszahlungen der Sozialleistungen. Welche konkreten Schritte eben die KPÖ-geführte Stadtkoalition hier gedenkt zu unternehmen, möchte ich einmal fragen und stelle deshalb folgende

Frage:

Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um Ausschreitungen von Migrantengruppen in der steirischen Landeshauptstadt Graz zu verhindern?

Originaltext der Frage:

In der Nacht von 31. Oktober auf 1. November fanden in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz massive Krawalle statt. Hauptverantwortlich sind laut Medienberichten überwiegend junge Männer aus Tschetschenien, Syrien und Afghanistan. In einer großen österreichischen Tageszeitung wird sogar von „Szenen wie aus einem Kriegsgebiet“ berichtet. Rund 200 Jugendliche sollen Chaos und Zerstörung angerichtet haben.

Aus freiheitlicher Sicht ist dies ebenso ein lautes Alarmsignal für die steirische Landeshauptstadt. Auch in Graz führen Zwischenfälle mit Migrantengruppen bekanntlich regelmäßig zu Polizeieinsätzen und angesichts der völlig verfehlten Zuwanderungspolitik der schwarz-grünen Bundesregierung sowie der Willkommenspolitik der dunkelrot-grün-roten Stadtregierung ist Graz vor derartigen

Ausschreitungen nicht gefeit. Vielmehr ist es wohl nur mehr eine Frage der Zeit, bis auch die steirische Landeshauptstadt mit solchen Szenen und dieser Art der Straßengewalt konfrontiert wird.

Vor diesem Hintergrund darf kein einziges neues Asylquartier in Graz errichtet werden – wir sind durch Bundes- und Landesunterkünfte ohnehin massiv betroffen. Darüber hinaus braucht es weitere sicherheitspolitische Maßnahmen im Wirkungsbereich der Stadt Graz, um derartige Ausschreitungen zu verhindern. Neben den notwendigen Schritten im Asylbereich auf Bundesebene muss eine restriktive Zuwanderungspolitik etwa auch im städtischen Kompetenzbereich – beispielsweise bei der Wohnungsvergabe und Auszahlung von Sozialleistungen – schnellstmöglich umgesetzt werden.

Welche konkreten Schritte die KPÖ-geführte Stadtkoalition angesichts des bestehenden Gefährdungspotenzials gedenkt zu unternehmen, um Ausschreitungen wie in Linz zu verhindern, soll mittels der gegenständlichen Anfrage in Erfahrung gebracht werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, nachstehende

Anfrage:

Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um Ausschreitungen von Migrantengruppen in der steirischen Landeshauptstadt Graz zu verhindern?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat Wagner. Die Frage ist völlig in Ordnung, ich möchte nur noch einmal bitten, im Motivenbericht vermischen Sie aber ganz verschiedene Ebenen, also das möchte ich nur anmerken. Ich bleibe natürlich selbstverständlich bei Ihrer Frage, weil um das geht es in der Fragestunde. Mein Büro, und auch selbstverständlich ich persönlich, stehen im regelmäßigen Austausch mit unserer

Polizei, die uns selbstverständlich über allfällige Entwicklungen, die Sie in Ihrer Anfrage darstellen, uns skizziert informiert. Bei der Polizei gibt es jetzt, das vielleicht auch zu Ihrer Information, eine eigene Jugendermittlungsgruppe, die nicht Präventionsmaßnahmen setzt, sondern auch durch permanente Aufklärung versucht, Entwicklungen, wie unter anderem die von Ihnen skizzierte, zu antizipieren. O-Ton vom obersten Chef der Polizei in Graz, vorgestern. Im Übrigen, noch einmal, sind wir im ständigen Austausch mit der Polizei, ist ja logisch. Ich möchte unterstreichen, dass auch die Polizei aber die Bedeutung einer ganzheitlichen Betrachtung betont und nicht sämtliche Probleme mit sicherheitspolizeilichen Maßnahmen zu lösen sein werden. Sollte es aber im Bedarfsfall dazu kommen, wovon aktuell nicht ausgegangen wird, ist die Polizei selbstverständlich in der Lage, eine rasche Intervention zu setzen, das ist auch ihre Aufgabe. Ich darf auch daran erinnern, dass es in Graz zuletzt durchaus massive Ausschreitungen mit hohem Sachschaden und auch Schwerverletzten gegeben hat. Ich rede vom Europa-League-Spiel Sturm Graz gegen Feyenoord Rotterdam, das einige vermeintliche „Fans“, weil das sind für mich nicht wirklich Fans, wenn sie ihrem Klub in der Weise schaden, der Auswärtsmannschaft zum Anlass genommen haben, ihrer Aggression freien Lauf zu lassen. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig und auch das hat die Polizei betont. Ihre Kritik an der Zuwanderungspolitik, wie gesagt, ist jetzt in dem Zusammenhang aber an der falschen Adresse, weil das eine mit dem anderen jetzt nichts inhaltlich zu tun hat. Aber das Wichtigste, und darauf kommt es an, auf ihre Frage, ob, und das liegt ausschließlich bei der Polizei, für etwaige Ausschreitungen die Übersicht da ist und im Bedarfsfalle natürlich auch die konkreten Schritte gesetzt werden können, und das kann ich mit ja beantworten (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Nur eine Verständnisfrage. Zum einen bin ich hier absolut Ihrer Meinung, Ausschreitungen und Sachbeschädigungen jeglicher Art sind zu unterlassen und dürfen sicher niemals irgendwo geduldet werden. Zum Verständnis, momentan gibt es keine

Anzeichen dafür, dass man jetzt akut irgendwelche Maßnahmen in diese Richtung treffen muss, ist das richtig?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich weiß doch auch aus einiger Zeit jetzt, dass Sie sich mit dem Thema beschäftigen. Und wenn man sich mit sicherheitspolizeilichen Maßnahmen auch beschäftigt, dann weiß man, da steckt ja schon das Wort Sicherheit und teilweise auch geheim drinnen, dass man nicht immer alles öffentlich ausplaudern muss in einer öffentlichen Sitzung. Aber glauben Sie mir, und da sehe ich auch meine Verpflichtung als Bürgermeisterin, im Austausch mit der Polizei ständig zu sein, auch mein Büro, noch einmal, und auch unsere Sicherheitsorgane in der Stadt Graz, der Herr Gilbert Sandner, aus derzeitiger Lage sind derartige Ausschreitungen nicht zu befürchten; und sollte es im Bedarfsfall so sein, sind sie, wie gesagt, darauf eingestellt (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

**7.6 Frage 6: „BILLA-Eck“ – Wann kommen die Maßnahmen?
(CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Stadtregierung, liebe Frau Bürgermeisterin. Wir haben im Gemeinderat im September einen dringlichen Antrag eingebracht, wo wir auf die angespannte Situation rund um das BILLA-Eck aufgrund des eklatanten Anstieges der Lärmbelästigung, des Gewaltpotenzials und der Aggressivität unter den Damen und Herren, die hier unten das BILLA-Eck belagern, hingewiesen haben und entsprechende Maßnahmen gefordert haben. Du bzw. die Regierungsparteien haben zwar der Dringlichkeit unseres Antrages zugestimmt, aber

nicht dem Inhalt, weil du angekündigt hast, für Ende Oktober könntest du uns Maßnahmen anbieten oder vorstellen, und meine

Frage

dahingehend:

Wie sehen diese konkreten Maßnahmen aus, damit hier endlich unten am BILLA-ECK Entspannung für uns Grazerinnen und Grazer und auch die Wirtschaftstreibenden eintritt (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die

Frage:

Was sind Ihre konkreten Maßnahmen für eine Entspannung bzw. Bereinigung der leidlich bekannten Situation rund um das „BILLA-Eck“?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrte Frau Clubobfrau, wie du richtig angesprochen hast, im September im Dringlichkeitsantrag, stimmt, hier haben wir auch zugestimmt der Dringlichkeit.

Warum? Weil es tatsächlich vor allem über die Sommermonate bis Anfang September vor Ort im öffentlichen Raum zu Vergehen oder Grenzüberschreitungen gekommen ist, die man so eigentlich dort und auch wo andersorts nicht so hinnehmen sollte, ganz klar.

Und deshalb bin ich auch, wie ich angekündigt habe, mit dem Sozialamt, mit dem Gesundheitsamt, mit der Caritas, Kontaktladen, auch mit der Polizei in Gesprächen gewesen, und konkret an Maßnahmen ist Folgendes gesetzt worden: Es hat Runde

Tische, nicht immer Runde Tische, aber du musst die Betroffenen, um die es geht, letztendlich auch zu dir holen, es geht immer um Nähe, um direkten Kontakt herzustellen, das ist bei Menschen, die wohnungslos sind, das ist aber auch, wenn sich eine Gruppe oder einzelne Personen über ein Maß hinausbewegen, wo man sagt, hier haben wir einen Handlungsbedarf, und deshalb ist das Gespräch immer wichtig. Und deshalb haben diese Runden Tische stattgefunden im Beisein von Vertreter:innen des Sozialamtes, von der Leitung her, genauso Vertreter:innen von Streetwork, Vertreterin des Gesundheitsamtes. Teilgenommen haben 25 Personen, das ist nicht wenig, das, sage ich einmal, ist eine gute Sache, weil man kann natürlich einen Runden Tisch machen mit denen, die wollen, aber wenn die anderen nicht mitmachen, dann haben die Runden Tische aus Erfahrung wenig Sinn oder wenig Ergebnis. Angesprochen sind die aktuellen Vorwürfe und deren Auswirkungen. Die sind ganz klar benannt worden, welche Verhaltensweisen es sind, die die Bevölkerung zu Recht irritieren, um das so auszudrücken. Und auch, das ist natürlich auch nicht unwichtig, warum ist das so? Was ist eigentlich der Grund für sie, wie sehen sie es selbst, welche Anregungen haben sie selbst, gibt es auch einen Wunsch z.B. von ihrer Seite? Man muss immer beide Seiten sehen. Dieses Ausloten bei Letzteren hat dazu geführt, dass es unbedingt, das haben wir eh nicht seit kurzem, sondern das ist auch schon seit längerem, es braucht auch alternative Aufenthaltsmöglichkeiten, das ist der springende Punkt. Aber unabhängig davon kann das nicht dazu führen, dass man sozusagen ein Verhalten zutage legt, das nicht in Ordnung ist. Das ist in mehreren Runden Tischen direkt vor Ort draußen erfolgt, ist auch nicht zu Ende, das geht auch weiter. Das hat auch dazu geführt, dass es, und das sage ich jetzt, unerlässlich Ordnungswache, Sicherheitsbeamte und auch Polizei, weil nur das ist letztendlich maßgebend, weil aufhalten dürfen sie sich ja im öffentlichen Raum, zu keinen Überschreitungen oder Auffälligkeiten, um das konkrete Wort von der Polizei auch zu nennen, auch von der Ordnungswache, seitdem gibt. Warum? Weil man sie wieder zurückgeführt hat auf die Regeln und Spielregeln, die immer ausgemacht waren; und es kommt zwischendurch dann natürlich wieder vor, dass diese Überschreitungen vorkommen, aber es gibt aktuell keine Auffälligkeiten, O-Ton auch Polizei, das ist nicht unwichtig. Unabhängig davon ist aber auch ein

weiterer Punkt in Vorbereitung, und zwar die Einrichtung eines geschulten Teams der Ordnungswache direkt von uns selbst vor Ort, das ist gerade derzeit in Vorbereitung, gemeinsam mit dem Sozialamt und mit den Streetworkern und mit dem Gesundheitsamt. Und als mittelfristige Maßnahme, wie schon angesprochen, sehe ich vor allem eine Möglichkeit nur, dass wir eine Tagesaufenthaltsstätte für Menschen, die generell, nicht nur dort, sondern überhaupt, zur Verfügung zu stellen. Im Umgang selbst mit herausfordernden Situationen, um den Begriff jetzt vielleicht so zu verwenden, arbeiten wir gerade gemeinsam mit dem Sozialamt an einer Leitlinie, die dazu dienen soll, was im öffentlichen Raum überhaupt gilt. Das ist derzeit auch in Auftrag gegeben (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ja, das ist halt schwierig, weil es ist ein wichtiges Thema, und du hast ganz viele tolle Maßnahmen in Aussicht gestellt, die jetzt eigentlich mehr als eine Frage veranlassen würden. Aber nachdem jede Geschichte ja zwei Seiten hat, wir haben ja auch, bevor wir unseren Dringlichen eingebracht haben, uns mit den Wirtschaftstreibenden, die in erster Linie die Leidtragenden hier unten sind, nebst den Fußgängerinnen und Fußgängern, den Kindern, alle, die hier unten angepöbelt werden, auch unsere Touristen sehen hier nicht wirklich ein schönes Eck am Hauptplatz im Zentrum der Stadt. Meine Frage jetzt, würdest du dich auch mit der anderen Seite an einen Runden Tisch setzen, also mit den Wirtschaftstreibenden, so wie wir geschildert bekommen haben, was sich hier unten alles abspielt, würdest du dich mit den Wirtschaftstreibenden bitte auch an einen Runden Tisch setzen und dir das bitte anhören, wie brisant die Lage nach wie vor ist? Und man kann unten täglich, wenn man an dem Eck vorbeigeht, und ich habe es letzte Woche auch selbst gesehen, mitverfolgen, wie hier unten gedealt wird mit Dingen, die wahrscheinlich laut Gesetz verboten sind. Dass in dem Moment niemand zur Stelle ist, ist mir auch klar, um da jetzt gesetzmäßig vorzugehen. Aber ich möchte dich bitten, dass du dir beide Seiten

anhörst, und ob du, wie gesagt, meine Frage noch einmal, ob du dich bitte auch mit den Wirtschaftstreibenden an einen Runden Tisch setzt (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich setze mich mit jedem zusammen, der es wünscht, das ist überhaupt nicht das Problem. Man darf nur nicht Äpfel mit Birnen vertauschen, liebe Dani Gmeinbauer. Und du weißt ganz genau, dass dieses Thema, das BILLA-Eck, das ist in Wirklichkeit echt blöd, weil du hier irgendwie so eine Punzierung vornimmst, wenn man dauernd das so sagt, damit tut man niemandem etwas Gutes. Ich bin ja auch keine Freundin davon, dass man Glasscherbenviertel oder Brennpunktschulen sagt, weil du diese Punzierungen nicht wegbekommst und in Wirklichkeit du das so verinnerlichst, dass selbst, wenn nichts passiert, du glaubst, es passiert etwas. Und ich gehe hier jeden Tag, auch schon viel länger als manch andere, vorbei, und du weißt ganz genau, dass weder Lorbeerstrauchaktionen noch klassische Musik-Berieselung hier zu einer Lösung geführt haben. Deshalb ist es immer wichtig, es an der Wurzel anzupacken, und es hilft nichts, du musst, wenn es zu Anpöbelung von Einzelnen kommt, mit denen, die es sozusagen betrifft, auch reden, da kommt man nicht umhin. Und noch einmal, das ist großartig in Wirklichkeit, was hier passiert ist, weil es tatsächlich zu Verbesserungen, zu großen, geführt hat. Und noch einmal, erst gestern, O-Ton-mäßig auch Polizei, und nur das ist entscheidend, es geht ja darum, den Leuten ist es ja wurscht, wie sie ausschauen, woher sie kommen, über das reden wir nicht, die reden darüber, dass es zu keinen Grenzüberschreitungen kommt, und das ist aktuell nicht der Fall, es sind keine Auffälligkeiten da, wenn es zu strafrechtlichen Delikten kommt, dann ist das eindeutig bei der Polizei. Aber noch einmal, bei der Ordnungswache geht es darum, Einschulungen vor Ort zu machen, weil wir das auch gerne hätten, dass unsere Kolleg:innen, die sehr viel Feingefühl jetzt schon an den Tag legen, und nicht nur wegen dieser Örtlichkeit, sondern auch an anderen Stellen in unserer Stadt Graz, und wir müssen immer alle im Auge behalten, aber die brauchen noch bessere Unterstützung und auch Wissen und Kenntnis, wovon sie eh ohnehin schon sehr viel

haben. Und was weiterhin, glaube ich, generell für uns alle wichtig ist, ist, dass wir uns verständigen darauf, welche Leitlinien, was Platz hat und auch Platz haben muss an öffentlichen Orten in unserer ganzen Stadt Graz. Den Weg müssen wir gehen und auch gemeinsam besprechen. Aber ja, ich kann mich gerne mit ihnen zusammensetzen und im Übrigen kenne ich eh viele persönlich, auch die Beschäftigten im Übrigen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.26 Uhr).

7.7 Frage 7: Haus Graz 2.0

(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ an StR Eber, KPÖ)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, lieber Zuhörer und Zuhörerinnen. Stadtrat Hohensinner hat heute schon Vergangenheitsbewältigungen der Parteien gemacht, auch ich werde ein bisschen in der Vergangenheit der Parteien schwelgen, und deswegen möchte ich heute in meiner Frage das Haus Graz 2.0 kurz noch ansprechen. Nachdem Vertrauen und andere klerikale Entscheidungsstränge nicht zu meinem Portfolio gehören, werde ich jetzt ganz pragmatisch und unverblümt an dich, lieber Manfred, in deiner derzeitigen Funktion die

Frage

stellen:

Wie stellte sich der Vergabeprozess für die Begleitung durch ein externes Beratungsunternehmen für das Haus Graz 2.0 inkl. der Folgebeauftragungen dar (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich die

Frage:

Wie stellte sich der Vergabeprozess für die Begleitung durch ein externes Beratungsunternehmen für das Haus Graz 2.0 inkl. der Folgebeauftragungen dar?

StR Eber:

Danke für die Frage. Der Kurt Hohensinner hat heute auch schon einmal darauf hingewiesen, dass eine Frage, die an ihn gerichtet war, eigentlich an mich zu stellen gewesen wäre, und er hat sie dankenswerterweise doch beantwortet. Diese Frage wurde beantwortet aus dem Bereich der Magistratsdirektion und von daher wäre natürlich die Frau Bürgermeisterin zu befragen. Ich habe dennoch diese Anfrage jetzt zusammengefasst bekommen und darf gerne wie folgt dazu ausführen: Im März 2021 hat die Magistratsdirektion im Auftrag von Altbürgermeister Siegfried Nagl die ICG, Integrated Consulting Group GmbH, mit Beratungsdienstleistungen zum Vorprojekt des geplanten Reformprogrammes organisationale Resilienz im Haus Graz 2.0 beauftragt. Basierend auf dem Haus Graz Reformprojekt aus dem Jahr 2010 wurden in diesem Vorprojekt strukturelle Optimierungspotenziale evaluiert, um die Stadt Graz für das nächste Jahrzehnt fit zu machen. Die Beauftragung erfolgte basierend auf dem Angebot der ICG im Rahmen einer Direktvergabe im Unterschwellenbereich. Entsprechend der Richtlinie für das Rechnungswesen wurde in einem Aktenvermerk dokumentiert, dass für die Auftragsvergabe ausnahmsweise von der Einholung von Vergleichsangeboten abgesehen wird, weil die ICG aus Sicht des Auftraggebers über Kenntnisse verfügt, die kein sonstiger Mitbewerber aufgewiesen hätte. Die ICG hatte bereits das Reformprogramm in Jahr 2010 ausgesprochen erfolgreich begleitet und in diesem Rahmen wertvolles Know-how über das Haus Graz erworben. Diese Vorkenntnisse stellten eine wesentliche Basis für die effiziente Durchführung des sehr

ähnlich gelagerten Projektes Anfang 2021 dar, sodass das Vorprojekt mit 24 Beratertagen erfolgreich weit unter dem veranschlagten Budget abgeschlossen werden konnte. Zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe wurde bereits schriftlich festgehalten, dass mögliche aus dem Vorprojekt entstehende Folgeprojekte und Folgeaufträge einer gesonderten Evaluierung unterzogen und nach Einholen von Vergleichsangeboten bzw. der Durchführung eines Vergabeverfahrens beauftragt werden. Nach den Wahlen Ende 2021 und den damit einhergehenden geänderten politischen Zielsetzungen kam es aber bisher zu keiner Weiterführung des Projektes (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Vielen Dank für die Beantwortung.

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (14.31 Uhr).

7.8 Frage 8: Notstromversorgung von Tankstellen (GR Mag. Winter, KFG an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeisterin. Das Wort Krisenvorsorge ist mittlerweile in aller Munde, das Wort Blackout ist mittlerweile ebenfalls in aller Munde und uns allen ist spätestens seit dem Ukrainekrieg bewusst, wie fragil unsere Gesellschaft ist, aber auch wie fragil unsere Infrastruktur ist. Und Gründe für weitere Krisen, die sind zahlreich, wir denken an Hacker-Angriffe, wir denken potenziell an terroristische Angriffe, wir denken aber auch daran, dass das Stromnetz an sich mit einer geringeren Anzahl von grundlastfähigen Energieträgern, sprich mit einer größeren Anzahl von erneuerbaren Energiequellen leider dadurch

auch krisenanfälliger wird. Die Treibstoffversorgung ist ein wesentlicher Teil einer Krisenvorsorge und eine Tankstelle im herkömmlichen Sinn funktioniert nur mit Strom, im Idealfall mit einem Notstromaggregat, wenn es tatsächlich zu Krisenfällen kommt. Infolgedessen, Krisenvorsorge, auch in dem Punkt werden sich die meisten hier einig sein, ist ein staatlicher Auftrag und auch ein Auftrag an die Stadt. Unsere Aufgabe ist es, dass zumindest ein Drittel bzw. 30 % der Tankstellen auch in solch einem Krisenfall, auch in einem Blackout-Fall, weiter bestehen bleiben, um die Treibstoffversorgung für die Einsatzkräfte, aber auch für die Logistik insgesamt, zumindest in einem Mindestmaß, aufrecht erhalten zu können. Und daher die konkrete

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie als Bürgermeisterin der Stadt Graz setzen, um in einer Notsituation den Betrieb der Tankstellen im Grazer Stadtgebiet laut Motiventext zu gewährleisten (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Eine Reihe von Initiativen wurden in den letzten Monaten in Bezug auf Versorgungssicherheit in vielen Bereichen im Gemeinderat eingebracht. Die Stadt scheint sich Ihrer Verantwortung durchaus bewusst zu sein und arbeitet an diversen Projekten um die Bevölkerung in einer Notsituation versorgen zu können.

Einen wichtigen strategischen Faktor stellen hierbei unsere Tankstellen dar. Diese zählen zur kritischen Infrastruktur und sorgen für die Mobilität der Bevölkerung aber auch der zahlreichen Einsatzkräfte, Störungsdienste etc.

Um eine Tankstelle zu betreiben, ist allerdings eine stabile Stromversorgung notwendig. Laut einem Bericht gibt es aber keine Verpflichtung, dass Tankstellen zum Beispiel mit einem Notstromaggregat ausgestattet sein müssen.

Daher muss es Aufgabe der Stadt Graz sein, sich mit Tankstellenbetreiber in Verbindung zu setzen um zumindest 30 % der sich im Stadtgebiet befindlichen Tankstellen im Notfall weiterbetreiben zu können.

Zudem kann eine solche notstromversorgte Tankstelle als zusätzlicher Leuchtturm verwendet werden.

Da es aber mehrere technische Möglichkeiten gibt, die es ob ihrer Kosten und zusätzlicher Nutzungsmöglichkeiten zu bewerten gilt, soll eine fachlich kompetente Arbeitsgruppe ehestmöglich ein Projekt mit einem Zeitplan für die Umsetzung ausarbeiten.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen werden Sie als Bürgermeisterin der Stadt Graz setzen, um in einer Notsituation den Betrieb der Tankstellen im Grazer Stadtgebiet laut Motiventext zu gewährleisten?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat Winter, für diese durchaus wichtige Frage, und ich darf sie Ihnen auch noch, nach nochmaliger Rücksprache mit Magistratsdirektion, Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz, beantworten. Im Bereich der Katastrophenvorsorge, im Rahmen des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements hat der behördliche Führungsstab bei uns in der Stadt Graz in enger Zusammenarbeit mit dem Krisenmanagement der Holding bereits ein Nottankkonzept erarbeitet und auch Gott sei Dank erfolgreich umsetzen können, welches zur Aufrechterhaltung der wichtigsten öffentlichen Funktionen und Aufgaben

dient. Dabei miteingeflossen sind auch die Anforderungen der Einsatz- und des Sicherheitsdienstes sowie, das ist vor allem auch wichtig, des öffentlichen Verkehrs, also all unserer Busse. Es ist ausreichend vorgesorgt, wollte ich nur anmerken, das ist nicht unwichtig. Hinsichtlich einer der darüberhinausgehenden Grundversorgung, so wie Sie es ansprechen, gibt es einen laufenden Austausch unterschiedlicher Stellen, die dafür auch betraut sind. Und zwar ist das das BKA, das Bundesministerium für Inneres, die Landespolizeidirektion, und die wiederum sind über das österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastruktur laufend genau mit diesen Fragen beschäftigt und auch im Austausch mit wichtigen Unternehmen, eben auch mit Tankstellenbetreiber:innen, um auf diesem Weg eine entsprechende Versorgungssicherheit zumindest hinzuwirken. Das Referat für Sicherheitsmanagement bei uns wird diesen Punkt, unter anderem auch auf Ihre Frage hin, aber nicht nur, in den nächsten Austausch, der stattfindet mit Wirtschaftskammer, dem Bundesministerium und der Fachabteilung für Katastrophenschutz und der Landesverteidigung des Landes, einbringen, diese Sitzung findet im Dezember statt und danach können wir gerne der Stadtregierung oder auch den Gemeinderat darüber informieren (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.35 Uhr).

Ende der Fragestunde: 14.35 Uhr